

Das Politbüro zur Außenministerkonferenz

Der Wiederzusammentritt des Außenministerrates in Paris und der Beschluß zur Einberufung einer neuen Tagung hat zu einer Entspannung der internationalen Lage geführt.

Die Sprengung der Londoner Außenministerkonferenz im Jahre 1947 durch die Westmächte brachte eine Abkehr von der gemeinsamen Arbeit der vier alliierten Großmächte und die Aufgabe der gemeinsamen Beschlüsse von Potsdam. Statt der in Potsdam vorgesehenen wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands richteten die westlichen Alliierten unter Führung der amerikanischen Imperialisten ihre Politik eindeutig auf die finanzielle, wirtschaftliche und politische Versklavung und Kolonisierung des deutschen Volkes.

Der politische Kurs ging seitdem auf die Zerreißung Deutschlands durch die Bildung eines separaten Weststaats, auf die Verwandlung Westdeutschlands in ein strategisches Aufmarschgebiet der USA, auf die Schaffung eines neuen imperialistischen Rüstungszentrums an der Ruhr und die Eingliederung Westdeutschlands in einen westeuropäischen Staatenbund mit der kriegerischen Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. Die Mittel zur Durchführung dieser Unterjochungspolitik waren das Besatzungsstatut, das Ruhrstatut, die Bonner Scheinverfassung und der Atlantikpakt. Begleitet war diese Politik von einem hysterischen Kriegsgeschrei unter dem Vorwand, es sei unmöglich, mit der Sowjetunion zu verhandeln.

Nach dieser Vorbereitung versuchten die Westmächte in Paris, die Sowjetunion zur Anerkennung der unter Verletzung des Potsdamer Abkommens geschaffenen Verhältnisse zu zwingen. Die anglo-amerikanische Kolonialherrschaft sollte durch die Anerkennung der in verdächtiger Eile geschaffenen Bonner Verfassung und des Besatzungsstatuts auch auf die Ostzone Deutschlands ausgedehnt werden. Die Anerkennung der Bonner Verfassung würde aber für das deutsche Volk den Verzicht auf seine staatliche und wirtschaftliche Einheit bedeuten. Die Anerkennung des Besatzungsstatuts wäre die Zu-